

EnergieSchweiz : Plattform für eine intelligente Energiepolitik

Autor(en): **Leuenberger, Moritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie extra**

Band (Jahr): - **(2001)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-638160>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

EnergieSchweiz – ein Programm fürs Volk

Seite 3

Das neue energiepolitische Programm ist lanciert

Seiten 6 – 9

Elektrizitätsmarktgesetz Erstes MINERGIE-Hotel

Seiten 10 – 11

EnergieSchweiz: Alter Wein in neuen Schläuchen?

EnergieSchweiz nutzt die zehnjährigen Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm Energie 2000. Was sich bewährt hat, wird verstärkt; aus Problemen und Schwierigkeiten werden die nötigen Konsequenzen gezogen.

Bewährt haben sich erstens die klaren, quantitativen Ziele und die damit mögliche Bündelung aller Kräfte auf die rationelle Energieverwendung und den Einsatz erneuerbarer Energien. Die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Gemeinden, Wirtschaft, Konsumenten- und Umweltorganisationen soll weiter verstärkt werden.

Bewährt hat sich zweitens der breite Massnahmenmix, bestehend aus freiwilligen und gesetzlichen Instrumenten und dem Dialog. Im Rahmen von EnergieSchweiz sollen die erfolgreichen Energie-2000-Produkte und Netzwerke weiter eingesetzt werden, zum Beispiel die Aktornetzwerke für die erneuerbaren Energien sowie Produkte wie das Energie-Modell Schweiz für die Industrie, die Energiestadt für die Gemeinden, das Energiemanagement des Ressorts Spitäler, Eco-Drive und Mobility im Verkehr.

Zu verbessern ist der freiwillige Einsatz durch Vereinbarungen gemäss CO₂-Gesetz und Agenturen gemäss Energiegesetz. Niemand kann gezwungen werden, mitzumachen. Wer aber mitmachen will, muss sich neu zu einem Beitrag verpflichten. Die Zielwerte betreffend den Energieverbrauch von Geräten und Motorfahrzeugen wurden bzw. werden vermutlich nicht erreicht. Wie im Energienutzungsbeschluss und im Energiegesetz angekündigt, kann der Bundesrat in diesem Fall Verbrauchsvorschriften einführen.

Schliesslich ist vor allem bei der Förderpolitik das ständige Stop-and-go einem wirksamen und effizienten energiepolitischen Programm abträglich. Es soll durch Kontinuität abgelöst werden.

EnergieSchweiz ist also nicht ein völlig neues Gebäude, aber auch nicht nur eine Pinselrenovation von Energie 2000, sondern eine MINERGIE-Sanierung auf solidem Fundament.

*Dr. Hans Luzius Schmid,
Programmleiter EnergieSchweiz, stv. Direktor BFE*

EnergieSchweiz: Plattform für eine intelligente Energiepolitik

EnergieSchweiz ist am 30. Januar in 51 Ortschaften lanciert worden. Das neue energiepolitische Programm will wesentlich zu einer nachhaltigen Energieversorgung beitragen. Das Parlament hat für EnergieSchweiz im Dezember ein Budget von 55 Mio. Franken für 2001 gutgeheissen, und der Bundesrat hat das Programm am 16. Januar verabschiedet. Die Ziele von EnergieSchweiz sind vorgegeben durch die Bundesverfassung, das Energie-



Moritz Leuenberger
Bundespräsident

«Je mehr Wirkung wir mit EnergieSchweiz erzielen, umso geringer wird die CO₂-Abgabe ausfallen.»

und das CO₂-Gesetz. Hauptsächlich geht es darum, zwischen 2000 und 2010 den Verbrauch fossiler Energien und den CO₂-Ausstoss um zehn Prozent zu senken. Das Programm trägt bei

- zur Erreichung des Klimaziels der Schweiz. Der Einfluss der Menschen auf das globale Klima wird immer deutlicher.
- zur Reduktion unserer immer noch zu grossen Erdölabhängigkeit. Diese zeigte sich in den letzten Monaten mit Lastwagenblockaden in verschiedenen Ländern.
- zum Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke. Diese müssen irgendwann ersetzt werden mit Hilfe energieeffizienter Technologien und erneuerbarer Energien.
- zu einer ökologisch abgesicherten Elektrizitäts- und Gasmarktöffnung. Die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien dürfen durch die zu erwartenden tieferen Strompreise nicht behindert werden.

Mit der bisherigen Politik gemäss Energie 2000 ist bei den CO₂-Emissionen bis 2010 bestenfalls eine Stabilisierung zu erwarten, nicht aber eine Verminderung um zehn Prozent, wie das CO₂-Gesetz dies fordert.

Wesentliche zusätzliche Anstrengungen sind erforderlich auf Grund von freiwilligen Massnahmen, Vorschriften und – sofern es nicht anders geht – durch eine CO₂-Abgabe. Diese Abgabe wird umso geringer ausfallen, je mehr Wirkung wir mit EnergieSchweiz erzielen.

Als Beispiel für eine verstärkende Massnahme nenne ich unsere Verhandlungen mit der Wirtschaft. Allen voran mit economiesuisse (bisher Vorort) und dem Schweizerischen Gewerbeverband. Mit ihrer Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) haben wir uns darauf geeinigt, einen Leistungsauftrag abzuschliessen, um die bisherigen Aktivitäten der Ressorts Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen von Energie 2000 weiter zu verstärken. Durch eine Zielvereinbarung wollen wir das CO₂-Ziel mit freiwilligen Massnahmen in der Wirtschaft erreichen. Solche Vereinbarungen werden mithelfen, EnergieSchweiz als Plattform für eine intelligente Energiepolitik zu etablieren.

Bundespräsident Moritz Leuenberger